

Sehenden Auges in die Katastrophe

Energiepolitik: In Texas waren vorige Woche Millionen Menschen ohne Strom- und Wasserversorgung / Sind die Windräder schuld?

MARC SCHMIDT

Wenn an Texas denkt, hat viele Bilder im Kopf, aber keine Kälte und zugeschneiten Straßen. Normalerweise beträgt die Durchschnittstemperatur im zweitgrößten US-Bundesstaat im Januar plus 9,3 Grad, im Februar plus 11,6 Grad Celsius. Doch in diesem Jahr sah sich der öl- und gasreiche „Lone Star State“ einem starken „Winterstorm“ gegenüber, auf den Politik, Verwaltung, Bürger und Energienetze völlig unvorbereitet waren. Die etwa 80 Toten als Folge tagelanger Schneefälle bei zweistelligen Minustemperaturen in verschiedenen Landesteilen sind vor allem auf tagelange Ausfälle von Strom und Heizung in Privathäusern und öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen. Gleichzeitig ist ein politischer Kampf über die Gründe und die richtigen Rückschlüsse aus dem Zusammenbruch der Infrastruktur entbrannt, der auf beiden Seiten die tatsächlichen Hintergründe des Zusammenbruchs der Infrastruktur verkennt.

Ad-hoc-Meldung der Essener RWE AG

Der argumentativ immer wieder angeführte Ausfall eingefrorener Windenergieanlagen trägt an der Gesamtlage keine Schuld. Die maximale Kapazität an Ökostrom inklusive Photovoltaik beträgt in Texas sieben Prozent. Da diese nicht bevorzugt einspeisen, ist diese Kapazität zusätzlich durch konventionelle Kraftwerke gedeckt. Allerdings sorgte der Ausfall der Windenergieproduktion in Texas und den benachbarten Bundesstaaten für eine Ad-hoc-Meldung der Essener RWE AG an der Börse. Deren Jahresergebnis wird durch die Schäden an ihren US-Anlagen sowie die Produktionsausfälle belastet werden.

Zentraler Faktor für die tagelang unterbrochene Energieversorgung für mehr als 25 Prozent der texanischen Bevölkerung ist die Netzstruktur. Texas, seit mehr als 25 Jahren republikanisch regiert, hat das landesweite Energienetz für 93 Prozent seines Staatsgebiets vom amerikanischen Gesamtstromnetz abgetrennt, um sich von der US-Netzregulierung bewußt zu lösen. Das texanische Netz selbst wird von der



Warteschlange vor Füllstation für Propangasflaschen in der 2,4-Millionen-Stadt Houston: Nur regionale Stromabschaltungen haben einen Blackout und völligen Zusammenbruch der Infrastruktur verhindert

staatseigenen Agentur Ercot gemanagt, ein Energieaustausch mit dem Rest der USA ist nicht mehr möglich. Bereits vor zehn Jahren zeugte ein mehrstündiger Stromausfall in Texas von der Anfälligkeit dieser Insellösung. Der aktuelle Katastrophenfall resultiert aus Wechselwirkungen verschiedener Faktoren. Die texanische Netzsteuerung ist veraltet. Sie kann auf schnell ansteigende Lasten nur langsam reagieren, da die verbundene Steuerung der Produktionsanlagen schwerfällig ist. Um einen stark ansteigenden Bedarf zu decken, muß die Produktion in Kraftwerken gesteigert werden. AKW und Kohlekraftwerke benötigen mehrere Stunden Vorlauf, was bei überraschenden Anstiegen zu langsam ist. Der aktuelle Mehrbedarf resultierte aus einem überraschend starken Temperaturrückgang

an einem Wochenende. Die Texaner blieben zu Hause, der Verbrauch stieg durch Licht, Heizung und Klimaanlage auf maximaler Leistung. Diese Situation würde im texanischen Netz normalerweise über flexible Erdgaskraftwerke gelöst, welche allerdings wegen des Temperaturabfalls nicht funktionsfähig waren. Pumpen und Leitungen waren in diesen Kraftwerken bereits eingefroren, als der Strombedarf stieg. Daraus resultierten weitere Probleme des Übertragungsnetzes, welches in trockenen Gegenden bis heute zum Teil Holzmasten einsetzt. Durch den Temperatursturz froren Übertragungsleitungen ein, welche vom Netzbetreiber nicht durch eine Erhöhung der Stromdurchleitung enteist werden konnten. Aufgrund der Kombination aus steigenden Verbräuchen,

fehlenden Kapazitäten und teilweise brechenden Leitungen entstand ein Ungleichgewicht im Netz. Nach ersten regionalen Ausfällen entschloß sich Ercot, ganze Städte und Regionen vom Netz abzuwerfen, um einen Blackout in Texas insgesamt zu verhindern. **Benzin- und Dieselaautos als einzige beheizbare Orte** In den betroffenen Landesteilen gab es entsprechend auch einen Ausfall der meisten Informationsmöglichkeiten über TV, Internet und Smartphone. Die Reparaturarbeiten an den Kraftwerken und Netzen sowie die Mobilisierung weiterer Kapazitäten zogen sich über mehrere Tage hin, was der texanischen Regierung wie dem Netzbetreiber weitere Kritik einbrachte. Viele Texaner

nutzen zunächst ihre Benzin- und Dieselaautos als einzige beheizbare Orte, da die Temperaturen auch in den Häusern im negativen Bereich lagen. Allerdings machten die Straßenverhältnisse und die Stromausfälle an den Tankstellen vielerorts ein Nachtanken unmöglich. Mit steigenden Temperaturen von aktuell tagsüber 15 bis 20 Grad Celsius ist die Stromversorgung landesweit wieder hergestellt – doch die wirtschaftlichen Kosten sind gewaltig: Neben den Schäden an Kraftwerken, falsch ausgelegten Ökoenergieanlagen und Übertragungsleitungen rechnen die Versicherer mit einem Forderungsvolumen von mehreren Milliarden Dollar an Gebäudeschäden. Die Kombination aus Stromausfall und Minusgraden hat durch gefrierendes Gas und Wasser zahlreiche Leitungen in Gebäuden gesprengt.

Zudem droht etwa 15 Prozent der Texaner eine weitere negative Konsequenz: Sie haben bei privaten Anbietern einen Tarif gewählt, der den Preis an den texanischen Strombörsenpreis koppelt. Viele private Haushalte haben bereits Nachzahlforderungen zwischen 10.000 und 20.000 Dollar für die vergangenen Wochen erhalten – bei niedrigem Angebot steigt der Preis exponentiell. Im Schnitt ist Haushaltsstrom in Texas mit 12,2 US-Cent pro Kilowattstunde viel billiger als im „grün-ökologischen“ Kalifornien (22,3 US-Cent). Der Großhandelspreis war förmlich explodiert.

An Texas zeigen sich die Folgen eines vollständigen wie auch partiellen längeren Netzausfalls eindrucksvoll. Während auch Deutschland auf einen Blackout sehr schlecht vorbereitet ist (JF 5/21), ist ein reiner Wintereinbruch tendenziell nicht ausreichend. Die noch bestehenden konventionellen Kraftwerkskapazitäten sind winterfest und wie das Stromnetz insgesamt besser und schneller steuerbar. Auch die deutsche Gebäude- und Leitungstechnik fällt bei hohen Minusgraden in wesentlich geringerem Umfang aus. Allerdings läuft insbesondere Norddeutschland nach der bevorstehenden weiteren Ausdehnung des AKW- und Kohlekraftwerksparks deutlich Gefahr, kurzzeitige Stromabschaltungen in Industrieunternehmen oder einzelnen Regionen hinnehmen zu müssen.

U.S. Energy Atlas:
▶ atlas.eia.gov

Daimler steigert trotz Corona-Krise den Gewinn

STUTTGART. Im Corona-Jahr 2020 ist der Absatz des Daimler-Konzerns um 13 Prozent auf 2,46 Millionen Pkws und Vans gesunken. Der Bus- und Lkw-Verkauf brach um 27 Prozent auf 378.518 Stück ein. Die weltweite Mitarbeiterzahl ging um drei Prozent auf 288.481 zurück. Das Betriebsergebnis (bereinigtes Ebit) stieg dennoch um elf Prozent auf 6,8 Milliarden Euro. Das Ergebnis je Aktie kletterte von 2,22 auf 3,39 Euro, die Dividende soll von 90 Cent auf 1,35 Euro erhöht werden – was zu einer Ausschüttung von 1,4 Milliarden Euro führen würde. Hauptgrund des Erfolgs ist das China-Geschäft: Der Mercedes-Absatz stieg dort um zwölf Prozent auf 775.000 Autos. Die Bus- und Lkw-Sparte, deren Ergebnis um 75 Prozent auf 678 Millionen Euro einbrach, soll bis Ende dieses Jahres abgespalten und an die Börse gebracht werden, teilte Daimler-Chef Ola Källenius mit. (fis) ▶ www.daimler.com/investoren

„Der Lockdown trifft die Textilbranche ins Mark“

HAIBACH. Der Münchner Insolvenzverwalter Christian Gerloff hat die Corona-Politik von Bund und Ländern scharf kritisiert. „Die Lockdown-Verlängerungen haben verheerende Auswirkungen auf den gesamten Modehandel und jeder weitere Tag trifft die Branche ins Mark“, erklärte der Sanierungsexperte in der *Wirtschaftswoche*. Für den deutschen Textilhandel sei es „im Grunde so, als würde man einen Ertrinkenden unter Wasser halten und ihm raten: ‚Halt noch fünf bis zehn Minuten durch, aber dann kannst du wieder richtig Luft holen‘“, meinte der Jurist, der die insolvente Modekette Adler betreut. Durch das Pandemie-Jahr habe das unterfränkische Unternehmen, das 142 Filialen in Deutschland hat und 3.300 Mitarbeiter beschäftigte, etwa 250 Millionen Euro Umsatz verloren, teilte Adler-Vorstandschef Thomas Freude mit. (fis) ▶ adlermode-unternehmen.com

Durch Airbnb steigen die Berliner Mietpreise

BERLIN. Durch Internet-Plattformen wie Airbnb haben sich die Mieten in einigen Berliner Stadtbezirken zusätzlich erhöht. „Wenn eine ganze Wohnung oder ein Haus auf Airbnb angeboten wird, steigt die Miete in einer neu angebotenen Wohnung in der direkten Umgebung um monatlich zehn Cent pro Quadratmeter“, erklärte Tomaso Duso, Leiter der Abteilung Unternehmen im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Wochenbericht 7/21). Betrachtet man nur „Angebote mit einer Buchungsdauer von mindestens einem halben Jahr, wächst dieser Effekt auf 13 Cent“. Die Kurzzeitvermietungen würden aber eine „zusätzliche Nachfrage für touristische und kulturelle Angebote in der Stadt“ schaffen, so Duso. (fis) ▶ www.diw.de/cv/de/tduso

„Die Kontrolle über unser Schicksal zurückholen“

Finanzpolitik: Die Staatsschulden steigen weltweit, aber die Eurozone hat ein besonderes Problem / Ist ein großzügiger Erlaß der einzige realistische Ausweg?

DIRK MEYER

Die Verschuldung steigt und steigt weltweit. Spitzenreiter sind die USA: Im Januar lag der öffentliche Schuldenstand bei 27,78 Billionen Dollar – 4,56 Billionen mehr als ein Jahr zuvor. Die japanische Regierung rechnet in diesem Jahr mit einem Schuldenanstieg auf umgerechnet 13,6 Billionen Dollar. Die Negativsaldo der 19 Euro-Mitgliedsländer summieren sich im 3. Quartal 2020 auf 11,1 Billionen Euro (umgerechnet etwa 13,1 Billionen Dollar).

Amerikaner oder Japaner können sich ihr Geld im Notfall selbst „drucken“, sollten In- und Ausländer ihre Staatsanleihen verschmähen. Die Euro-Krisenstaaten können das nicht mehr. Zu Lira-Zeiten war das anders. Da hätte sich Mario Draghi, der neue italienische Ministerpräsident, das Geld für den Corona-Wiederaufbau von der Banca d'Italia besorgen können. Doch seit 1999, dem Start der Währungsunion, ist der Euro für jeden Mitgliedstaat eine Fremdwährung.

Euro-Staatspapiere von 2,5 Billionen Euro stilllegen?

Keine Regierung hat mehr den direkten Zugriff auf die „Notenpresse“. Lediglich die Euro-Münzen fallen weiter in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Länder. Außerdem verhindern das Verbot der monetären Staatsfinanzierung sowie das Gebot der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) das „Geld drucken“ – eigentlich. Denn seit 2015 kauft die EZB in großem Stil Staatsanleihen – bislang für über 2,6 Billionen Euro (Stand September 2020). Damit hält sie 23,7 Prozent der Staatsschulden der Mitgliedstaaten in ihrer Bilanz. Zwar kauft die EZB die Papiere nie direkt vom Staat, was ihr verboten ist.

De facto ist die Kontrolle durch Private auf dem Kapitalmarkt erheblich eingeschränkt. Gemäß verschiedenen Studien wurde der Kreditzins um 0,4 bis 1,3 Prozentpunkte heruntermanipuliert. Der Risikozuschlag italienischer gegenüber deutschen Bundesanleihen liegt aktuell bei einem Prozent. Der Grund: Investoren spekulieren darauf, daß Italien im Zweifel „herausgehauen“ wird. Das Problem ist die Schuldenlast. Für Ende 2020 wurden Schuldenstandsquoten (Staatsschulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt/BIP) für Griechenland von 207 Prozent, für Italien von 160 Prozent und für Portugal von 135 Prozent prognostiziert. Das Staatsdefizit Italiens lag 2020 bei 10,8 Prozent des BIP. Bei wieder ansteigenden Kapitalmarktzinsen wird die Zinslast die Staatsetats treffen – die Rückzahlungsfähigkeit erwies sich als Illusion: Es drohen Staatsinsolvenzen.

Daher entfachte David Sassoli, italienischer Sozialdemokrat und Präsident des EU-Parlaments, die Diskussion um eine Staatsentschuldung. Seither reißt die Debatte nicht ab. Etwa 70 Prozent der italienischen Staatspapiere liegen bei den Inländern, ein Großteil bei den dortigen Banken und Versicherungen. Ein Schuldenschnitt würde in deren Bilanzen tiefe Löcher reißen und eine erneute europäische Bankenkrise entfachen. Deshalb fordern die 110 Unterzeichner eines kürzlich veröffentlichten Ökonomenaufrufs die Streichung von 2,5 Billionen Euro in den Büchern der Euro-Notenbanken, um so die „Kontrolle über unser Schicksal zurückzugewinnen“.

Mit der Partie sind beispielsweise die französischen Ökonomen Thomas Piketty (JF 50/20), Aurore Lalucq und Jézabel Couppéy-Soubeyran, der ungarische Sozialist László Andor, bis 2014 EU-Kommissar und geistiger Vater der EU-Arbeitslosenversicherung, oder Paul Magnette, Politologe und Parteichef der

wallonischen Sozialisten. Ihr Münchhausen-Trick sähe so aus: Die bei der EZB und den nationalen Zentralbanken lagernden Staatspapiere werden entweder ersatzlos gestrichen oder formal in „ewige Anleihen“ (JF 5/21) umgewandelt, also zins- und tilgungsfrei gestellt. Damit wären die aufgekauften Anleihen wertlos und die Euro-Staaten um gut 20 Prozent entschuldet.

Es droht Verlust der geldpolitischen Steuerung

Da eine Notenbank nicht pleite gehen kann, entsteht hier kein Problem – also eine ideale Lösung zu Nullkosten? Die Banque de France, die Banca d'Italia, die Belgische Nationalbank oder die Banco de España müßten aufgrund des immensen Verlustausweises mit einer Eigenkapitallücke leben – was möglich wäre, aber im internationalen Währungswettbewerb in dieser Größenordnung als Manko gesehen werden würde. Zudem kommt ein Gutachten des Bundestages zu dem Ergebnis, daß der Verzicht auf Tilgung und Zins gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstößt.

Auch EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat sich entsprechend geäußert. Um diesem Vorwurf zu entgehen, befreite sich die EZB anlässlich des Griechenland-Schuldenschnitts 2012 trickreich: durch die Einführung einer neuen Wertpapierkennnummer für die von ihr gehaltenen Papiere. Der gewichtigste Einwand besteht jedoch im Verlust der geldpolitischen Steuerung. Wenn die Inflation anziehen sollte – und Indizien wie die Auflösung der in der Krise aufgestauten Geldhorte durch nachholenden Konsum sprechen dafür –, dann fehlen der Notenbank die Staatspapiere.

Mit ihrem Verkauf müßte sie das überschüssige Geld wieder einsammeln und stilllegen. Doch durch die „pfiffige“ Entschuldung mutiert die jeweilige No-

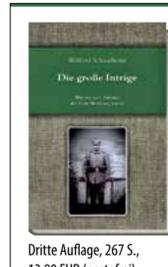
tenbank zu einem Auto, dessen Fahrer das Lenkrad aus dem Fenster geworfen hat. Einer drohenden Inflation hätte sie nichts entgegenzusetzen.

Was also tun? Da die Verschuldenslage vor der Corona-Zeit national verursacht ist, sollte sie auch national gelöst werden – gemäß den Prinzipien der Eigenverantwortung und der Subsidiarität. Zudem ist Italien kein ein armes Land. Allerdings besteht dort eine Diskrepanz zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum. Nach methodisch vergleichbaren Erhebungen der nationalen Zentralbanken (2014) hat die Hälfte der italienischen Privathaushalte ein Nettovermögen von 138.000 Euro und mehr, während das mittlere Vermögen in Deutschland nur bei rund 60.000 Euro liegt. Aufgrund von sehr hohen Vermögen einzelner Haushalte lag der Durchschnittswert deutscher Privathaushalte zwar mit 214.500 Euro zum italienischen Wert (218.000 Euro) in etwa gleichauf. Aber damit hätte Italien eine relativ breite Basis für eine zwangsweise „Entschuldungsabgabe“.

Diese könnte eine einmalige Vermögensabgabe (ähnlich dem deutschen Lastenausgleich nach dem Zweiten

Weltkrieg), ein periodischer Steuerzuschlag („Corona-Soli“) oder eine Zwangsanleihe für Vermögende sein. Bereits 2014 schlug die Bundesbank zur Lösung nationaler Zahlungskrisen eine Zwangsabgabe vor. Seit 2012 gibt es in Italien bereits eine „Patriotenanleihe“ auf freiwilliger Basis – warum nicht zukünftig eine Corona-Zwangsanleihe für inländische Vermögende? Würde man die Pflicht auf die oberen zehn Prozent der besonders Vermögenden beschränken, müßten diese pro Person etwa 86.000 Euro anlegen – niedrig verzinst mit sehr langer Laufzeit. Demokratische Legitimation und Verwendungskontrolle würden das nationale Gemeinwesen stärken, die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der öffentlichen Verausgabung fördern und langfristige Konflikte in der EU vermeiden helfen.

Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Aufruf europäischer Ökonomen: „Cancel the public debt held by the ECB and 'take back control' of our destiny!“ ▶ www.euractiv.com/section/economy-jobs/opinion



Dritte Auflage, 267 S., 13,90 EUR (portofrei)

DIE GROSSE INTRIGE Von Wilfried Schaudienst

Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg und jetzt die Konfrontation mit Russland haben ihre Wurzeln in den Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges. Deutschland war 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass es mit seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat, was in jüngster Zeit von Historikern verneint wird. Es verlor 13% seines vorherigen Gebietes und musste 132 Milliarden Goldmark (47.000 Tonnen Gold) zahlen. Weitere Reparationsleistungen ruinierten das Land. Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Russland hatten mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit gesehen, die sensationelle Entwicklung des Deutschen Reiches, die im ersten Teil des Buches beschrieben wird, zu stoppen. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden wollten, musste Deutschland dazu gebracht werden, den Krieg zu erklären. Dies gelang mit einer groß angelegten Intrige, die im zweiten Teil beschrieben wird.

Bestellung unter: intrige@freenet.de

Zahl der Woche

Um 9,1 Prozent sind die Erzeugerpreise von Agrarprodukten in Deutschland im Dezember 2020 gesunken. Die Preise für Schlachtschweine gingen gegenüber Dezember 2019 um 39,9 Prozent zurück. Speisekartoffeln waren sogar um 50,8 Prozent billiger. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

ANZEIGE